

Reden zum Haushaltsstrukturkonzept 2026, Ratssitzung 17.09.2026

(es gilt das gesprochene Wort)

Teil I – Bürgermeister Trippe

Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte Ratskolleginnen und -kollegen,

im November vergangenen Jahres habe ich meinen ersten Haushalt als Bürgermeister hier einbringen dürfen – angesichts von 6,2 Mio. € Defizit vielleicht besser gesagt einbringen müssen. Über die Ausführung des Haushalts hat unser Kämmerer soeben berichtet. Es ist, anders als in vielen anderen Kommunen, zwar nicht schlechter geworden, allerdings im Großen und Ganzen auch nicht besser. Hierbei richtet sich der Blick besonders auf die stabile Entwicklung der Gewerbesteuer, ohne die sich die Dinge noch ganz anders darstellen würden.

Wie lange der Trend sinkender Gewerbesteuereinnahmen noch an uns vorbeigeht, ist in Anbetracht der welt- und bundespolitischen Entwicklungen nicht absehbar. Die Meldungen über Kommunen, denen diese Einnahmeposition gerade massiv einbricht und die Haushaltssperren erlassen müssen, gehen weit über Südwestfalen hinaus. Was solche Entwicklungen für Schmallenberg bedeuten würden, kann sich jeder der hier Anwesenden ausmalen.

Mit dem Haushaltsbeschluss für 2026 haben Sie, meine Damen und Herren, gleichzeitig beschlossen, ein neues Haushaltsstrukturkonzept anzugehen – nach 2005 und 2015 bereits das dritte. Diesen Schritt haben wir in der Verwaltung ausdrücklich begrüßt und schon mit der Einbringung des Haushalts vorgeschlagen.

Das Plandefizit für 2026 war und ist über alle Maßen besorgniserregend. Dennoch war es uns wichtig, überlegt vorzugehen und keine Schnellschüsse zu produzieren. Schließlich müssen wir uns bewusst sein: Jede Einsparung stellt die betroffenen Bürgerinnen, Bürger und Institutionen vor handfeste Probleme. Insbesondere beim Ehrenamt ist ein maßvolles Vorgehen Pflicht, um bestehende, wichtige Strukturen nicht gänzlich zu zerschlagen.

Darum verbietet sich hier auch die Rasenmähermethode. Kürzungen, die der eine noch ertragen kann, bedeuten für den anderen den Todesstoß, weil die nackte Existenz bedroht wird. Und gerade im Ehrenamt gilt: Was einmal weg ist, ist weg.

Heute, ein gutes Dreivierteljahr später, ist dieses Konzept beschlussreif. Und es ist wahrlich alles andere als ein Wunschprogramm. Vielmehr ist es ein kritischer Blick darauf, was wir uns noch leisten wollen – oder besser: leisten müssen, um wichtige Angebote vor dem Aus zu bewahren.

Ich habe bewusst den Begriff „leisten können“ vermieden. Denn Fakt ist: Die Einnahmen des Haushalts decken die Pflichtausgaben gerade so. Jede einzelne freiwillige Ausgabe erhöht direkt unseren Fehlbetrag. Dieser Umstand zeigt das kommunale Dilemma in seinem ganzen Ausmaß.

Gemeinsam schlagen Sie fraktionsübergreifend Einsparungen bei freiwilligen Leistungen von gut 300.000 € vor. Weiterhin hat man sich im Antrag der Fraktionen auf Erhöhungen der Steuern und Abgaben von rund 1,70 Mio. € verständigt. Darüber hinaus haben wir seitens der Verwaltung zugesagt, die internen Budgets um zusätzliche 250.000 € zu kürzen, Personalkostensteigerungen nur noch im Rahmen der tariflichen Erhöhungen zuzulassen und in den kommenden Monaten tiefgreifende Strukturanalysen des Gesamtkomplexes Stadt Schmallenberg vorzunehmen. Auch mit Einrichtungen wie dem Schmallenberger Sauerland Tourismus und dem SUZ stehen wir im engen Austausch, um Einsparpotenziale zu benennen und den Zuschussbedarf für uns als Kommune zu reduzieren. Die Prozesse sind angestoßen und im Fluss.

Jeder der vorgeschlagenen Schritte für sich ist schmerzhaft, betrifft er doch gleichermaßen das Ehrenamt und die Einwohnerinnen und Einwohner vom Kindesalter bis zum Erwachsenen. Und sicherlich wird Ihnen und mir der ein oder andere Bürger - vielleicht auch die anwesenden Medien - wenig Kreativität beim Sparen vorwerfen. Aber in diesem Fall entsprechen die gemachten Vorschläge genau dem, was ich eingangs sagte – einem ersten Schritt mit Augenmaß. Wir alle haben die Positionen wieder und wieder auf den Prüfstand gestellt und die Dinge abgewogen. Und auch die Erhöhung der Gebühren und Abgaben bleibt unausweichlich. Dabei ist es mir wichtig zu betonen, dass wir von den geringsten Hebesätzen in ganz Südwestfalen kommen und trotz der angedachten Erhöhungen auch mit die niedrigsten Hebesätze behalten werden, vielleicht sogar die niedrigsten, da sich auch andere Kommunen gezwungen sehen werden, es uns gleich zu tun.

Meine Damen und Herren,

Wir als unterste Ebene staatlichen Handelns sind mit Ach und Krach in der Lage, die Pflichtaufgaben überhaupt noch finanziell zu stemmen. Eigener Gestaltungsspielraum? Fehlanzeige! Damit verliert die Stadt Schmallenberg faktisch die Kernsubstanz ihrer kommunalen Selbstverwaltung – einen Verfassungsauftrag, der uns eigentlich eigene Spielräume garantiert.

Hier sind Bund und Land gefragt, die kommunale Finanzausstattung ausreichend sicherzustellen. Es kann nicht sein, dass wir immer neue Aufgaben zugeteilt bekommen, wo das Geld nur anfänglich oder am liebsten gar nicht mitgegeben wird. Verstehen Sie mich richtig: Wir wehren uns nicht gegen jede Form von Aufgaben – vieles kriegen wir hier im Sinne der Subsidiarität besser organisiert als Bund und Land. Aber dann muss auch das Konnexitätsprinzip wieder gelten, oder sauerländisch prägnant auf den Punkt gebracht: „Wer die Musik bestellt, muss sie auch

bezahlen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir alle gehen diesen Weg nicht, weil wir den Rotstift lieben, sondern weil uns bewusst ist, dass wir alles dafür tun müssen, unsere Ausgleichsrücklage zu schonen, um möglichst lange von ihr zu profitieren. Ist diese aufgebraucht und auch kein fiktiver Haushaltsausgleich mehr möglich, droht uns die Haushaltssicherung – und damit der Verlust der Selbstbestimmung über unsere Ausgaben.

Spätestens dann werden wir lernen, dass die Daumenschrauben der Sparmaßnahmen noch einige Gewindegänge mehr haben.

Meine Damen und Herren,

verehrte Ratskolleginnen und -kollegen, erlauben Sie mir an dieser Stelle noch ein persönliches Wort:

Ich begrüße es ausdrücklich, dass Sie sich über Fraktionsgrenzen hinweg auf einen in vielen Punkten abgestimmten, im Kern gemeinsamen Antrag zum Haushaltsstrukturkonzept verständigen konnten. Dies zeigt, dass wir alle verstanden haben was vor uns liegt, und dass wir diesen Weg nur im Miteinander beschreiten können, wenn Politik vor Ort glaubwürdig bleiben möchte. Anders gesagt: Dieses Thema ist zu wichtig und taugt nicht zum Klamauk. An der Sache und am Wohle der Stadt und ihrer Bürger orientiert an Lösungen arbeiten, dass ist es was wir brauchen. Hierfür möchte ich Ihnen auch persönlich danken.

Und mit Verlaub: Wenn man sich insbesondere in Berlin an diesem pragmatischen Miteinander ein Beispiel nehmen würde, würden die Kassandrarufe der linken und rechten Ränder weitestgehend ins Leere laufen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!